This page was exported from - Spandauer Mieterverein für Verbraucherschutz e.V.
Export date: Wed Nov 25 2:10:43 2026 / +0000 GMT

Beim Verbraucher wird kräftig abkassiert

Auf verschiedenste Art und Weise, ohne dass es die Verbraucher gemerkt haben, ist in den letzten Jahren immer mehr bei den Verbrauchern abkassiert worden. Auf dem Sektor der Gesundheit werden die Pflegestufen sehr restriktiv vergeben, so dass hier die Kranken sich den Luxus der Pflege zusätzlich erkaufen müssen. Die Pflegeversicherung wird also ausgehöhlt. Die Zuzahlungen für Patienten bei Rezepten und ärztlichen Dienstleistungen steigt rapide. Die Armen bleiben auf der Strecke und dies nicht nur bei ihrer Gesundheit. Über die Medien wurde jetzt bekannt, dass der Zustand in den Krankenhäusern im Personalbereich sich einer nicht zu beherrschenden Katastrophe nähert. Eine Beschäftigte, die anonym bleiben wollte, sprach von unhaltbaren Zuständen und wir Verbraucherschützer können hier nur von einer verschärfenden weiteren Entwicklung nachhaltig warnen. Es ist völlig unerklärlich, dass verantwortliche Klinikleitungen dieser dramatischen Entwicklung nicht entgegentreten.

Nicht zu vergessen ist, dass die Verbraucher durch eine ?Zwangsabgabe?, die der GEZ zugute kommt, ebenfalls abkassiert werden, in einer nicht nachvollziehbaren Art und Weise. Vom Staat verordnete Abgaben müssen eine Lösung zulassen, wo der nicht betroffene Verbraucher die Möglichkeit hat dieser zu entgehen. Ein Beispiel hierfür ist der automatische Kirchensteuereinzug, der durch den betroffenen Bürger verhindert werden kann bei einem Kirchenaustritt beim zuständigen Amtsgericht. Eine solche Möglichkeit müsste auch den Fernsehzuschauern und den Rundfunkhörern ermöglicht werden, denn das Angebot ist auf einem solch niedrigen Niveau angekommen, dass es teilweise eine Zumutung ist. Viel spannender ist es da bei Google zu surfen und sich weltweit die notwendigen und richtigen Informationen zu holen und damit dürfte doch die GEZ Gebühr auch nichts zu tun haben.

Der neuste Angriff auf die Geldbörse der Bürger ist jetzt das Bürgerticket, das eine der kleinen Parteien in Berlin fordert. Eine andere Partei fordert ein Berlinticket für den öffentlichen Personennahverkehr. Hierbei sollen auch die Bürger einbezogen werden, die den öffentlichen Nahverkehr nicht nutzen. Dies wäre ein weiterer schwerer Eingriff in die Rechte der Verbraucher. Denn viele Betroffene nutzen den Nahverkehr schon aus Sicherheitsgründen nicht, um sich vor Überfällen und sonstigen Belästigungen zu schützen. Statt diesen Unsinn zu fordern, wäre es klüger ein Grundeinkommen für alle Bürger einzuführen, unter Heranziehung des Mindestlohns, der für alle eine Berechnungsgrundlage darstellen könnte. Hierbei wäre auch unbedingt die Personengruppe der Rentner zu berücksichtigen, die über 40 Jahre im Berufsleben gestanden haben und heute eine jämmerliche Minirente erhalten, die weit unter dem Mindestlohn liegt.

Wenn die Verantwortlichen sich immer um das Geld der Bürger bemühen und dies oft mit trickreicher Art, dann kümmern sie sich also um fremdes Gut und das führt zu dem Zitat von Hans Ossenbach: **?Sich nur um fremdes Gut zu kümmern, ist der Beruf des Nachtwächters.?**